



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

Mail: christine.lambrecht@bundestag.de

Christine Lambrecht setzt sich gegen Abschiebung von Lautertaler Familie ein

Berlin/Viernheim, 17. Februar 2005 - Die Bergsträßer Bundestagsabgeordnete Christine Lambrecht (SPD) setzt sich gegen die bevorstehende Abschiebung einer komplett in Deutschland integrierten serbischen Familie ein, die in Lautertal-Gadernheim wohnt. Damit reagiert sie auf die Anschreiben mehrerer bestürzter Bürger aus der Gemeinde Lautertal. In Briefen an Landrat Matthias Wilkes, sowie an die Vorsitzende des Petitionsausschusses der Landesregierung Ilona Dörr (CDU) und an den hessischen Innenminister Volker Bouffier (CDU) bezeichnet Lambrecht die Abschiebung der seit 10 Jahren in Deutschland lebenden Familie als „skandalös“ und bittet nachdrücklich um unverzügliche Klärung des Problems.

Nachbarn und Freunde der Familie zeigten sich nicht nur über das Vorgehen der Polizei entsetzt. Die Tatsache, dass die gesellschaftlich und sprachlich integrierte Familie, die vor 10 Jahren vor dem Krieg nach Deutschland flüchtete, überhaupt das Land verlassen sollte stieß auf Unverständnis der Einwohner. Im Morgengrauen drang die Polizei in die Wohnung ein und wies die Frau und ihre Kinder an, unverzüglich ihre Sachen zu packen, da sie noch am selben Tag das Land zu verlassen hätten. Nicht einmal ihr Mann durfte informiert werden, der sich zu diesem Zeitpunkt auf dem Weg zu seiner Arbeitsstelle befand. So wurde die Familie ohne sein Wissen zum Frankfurter Flughafen gebracht. Aufgrund technischer Mängel konnte das Flugzeug allerdings nicht starten und die Familie kehrte am späten Abend nach Lautertal zurück. Der neuerliche Abschiebungstermin ist auf den 9. April 2005 festgesetzt.

Die Familie ist vorbildlich in das Gemeinde- und Vereinsleben im Ort integriert. Die drei Kinder, die teilweise in Deutschland



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

Mail: christine.lambrecht@bundestag.de

geboren sind, sind nicht nur in der Schule erfolgreich sondern haben auch viele gleichaltrige Freunde. Bis zum Abschiebungsversuch hatte der Familienvater eine gesicherte Arbeit. Danach wurde ihm allerdings die Arbeitserlaubnis entzogen, so dass die Familie nun auf Sozialhilfe angewiesen ist und damit den öffentlichen Kassen zur Last fällt.

„Es muss möglich sein, dass eine komplett integrierte Familie, die von ihren Mitbürgern geschätzt wird, Arbeit hat und mit ihren Steuern zum Gemeinwesen beiträgt, den Aufenthalt in Deutschland zu sichern“ forderte Lambrecht. „Gerade weil die Politik völlig zu Recht fordert, dass Menschen, die zu uns kommen auch den Willen haben müssen, sich zu integrieren und unsere Gesetze zu achten, darf man denen, die dies auch tun, den Platz in unserer Gesellschaft nicht verwehren.“ Und eben solche Fälle sollen durch die Härtefallregelung des Zuwanderungsgesetzes geschützt werden, so Lambrecht.